



## **Stabilisierung der guten Stahlkonjunktur**

Professor Dr.-Ing. Dieter Ameling  
Präsident Wirtschaftsvereinigung Stahl  
Vorsitzender Stahlinstitut VDEh

Hans Jürgen Kerkhoff  
Hauptgeschäftsführer Wirtschaftsvereinigung Stahl

Pressegespräch  
anlässlich der internationalen Jahrestagung STAHL 2006  
„Wege über Grenzen“  
Düsseldorf, 7. November 2006

## 1. Zu STAHL 2006

Die Globalisierung schreitet weiter voran. Volkswirtschaften sind zunehmend offen für den Handel mit Waren, Dienstleistungen, Kapital, Arbeitskräften und Ideen über Grenzen hinweg. Auch Stahl hat daran einen Anteil. In diesem Jahr ist die Welt des Stahls wieder einen Schritt zusammengewachsen. Für STAHL 2006 haben wir das Motto „Wege über Grenzen – Crossing frontiers“ gewählt. Es bezieht sich auf Entwicklungen, die gerade in jüngster Zeit für die Stahlindustrie von Bedeutung sind.

- Die Konsolidierung nimmt zu. Stahlunternehmen haben nationale und europäische Grenzen hinter sich gelassen und arbeiten im internationalen Umfeld.
- Wir wünschten uns, dass auch die Politik diese globale Dimension des Wirtschaftens stärker beachtet. Nationale oder europäische Alleingänge, z. B. bei der Umwelt und Klimavorsorge, müssen die internationale Wettbewerbsfähigkeit der betreffenden Industrie berücksichtigen. Klimavorsorgepolitik muss über Grenzen gehen.
- Schließlich verweist das Motto auf die zunehmende Integration der Wertschöpfungskette. Leistungsfähige Grundstoffindustrien sind eine Voraussetzung, dass auch die verarbeitenden Branchen erfolgreich im internationalen Wettbewerb sind.

Am Donnerstag und Freitag erwarten wir zu unserer Jahrestagung STAHL 2006 im Düsseldorfer Congress Center Gäste aus aller Welt. Die internationale Tagung STAHL ist weltweit einer der größten Branchentreffs. Wir haben in diesem Jahr 3.800 Anmeldungen aus 41 Ländern. Es ist die größte Veranstaltung dieser Art. Aus den über 50 technischen und wirtschaftspolitischen Themen möchten wir Ihnen nur einige nennen:

Internationale Experten diskutieren in den sechs Stahldialogen am 9. November zum Beispiel das Thema Dampfkraftwerke als Herausforderung an die Schweißtechnologie. Außerdem wird das Projekt eines neuen Schienenwalzwerkes in Donawitz vorgestellt. Herbert Reul, Mitglied des Europäischen Parlaments, referiert zur „Bewältigung des demografischen Wandels in Europa“. Zudem moderiert

Heike Leitschuh-Fecht, Autorin und Expertin für nachhaltige Entwicklung, die Podiumsdiskussion zur Frage „Wird die Luftqualität grenzenlos?“ Teilnehmer sind Prof. Dr. Peter Bruckmann vom Landesumweltamt NRW, Holger Kraemer, Mitglied des Europäischen Parlaments, Dr. Ina Tegen vom Leibniz-Institut für Troposphärenforschung, Dr.-Ing. Gunnar Still von ThyssenKrupp Steel und Prof. Dr. Ulrich Ewers vom Hygiene-Institut des Ruhrgebiets.

Ein weiteres Highlight am Donnerstag ist das Stahlforum. Hierbei wenden wir uns traditionell an die Stahlkunden. Das Stahlforum befasst sich mit dem Thema „Stahl verbindet – Verbindungen mit Stahl“. Diese Veranstaltung wird gemeinsam mit dem DVS - Deutscher Verband für Schweißen und verwandte Verfahren durchgeführt. Da bei der Herstellung nahezu aller Produkte ein Zusammenhalt zwischen Werkstoffen sowie einzelnen Bauelementen erzeugt werden muss, besitzt die Fügechnik eine Schlüsselfunktion. Innovative Fügeverfahren für neue Konstruktions- und Werkstoffkonzepte sind Kleben, Clinchen und Stanznieten sowie Widerstandspunktschweißen. Eindrucksvolle Beispiele demonstrieren die grenzenlosen Möglichkeiten dieser Techniken im Stahlbereich.

Die Hauptsitzung am 10. November ist der Mittelpunkt von STAHL 2006. Sie steht ganz im Zeichen des Mottos: Wege über Grenzen. Prof. Dr.-Ing. Dieter Ameling, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl und Vorsitzender des Stahlinstituts VDEh, wird in seinem Eröffnungsvortrag zeigen, wie sich der internationale Handel zukünftig verändern wird, welche Auswirkungen die Globalisierung auf die Industrie hat und welche politischen Rahmenbedingungen Stahlhersteller und Stahlverarbeiter benötigen, um ihre wirtschaftliche Dynamik voll zu entfalten. Gastredner wird Philippe Varin sein, Präsident des europäischen Stahlverbandes Eurofer und Chef des britischen Stahlunternehmens Corus zum Thema „Die Stahlindustrie in globaler Herausforderung“. Außerdem hält Jürgen R. Thumann, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), zum Thema "Die gesellschaftliche Dimension der Globalisierung" ein Impulsreferat, das den Auftakt einer Diskussionsrunde bildet. Beide Referenten sind gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussionen eine Bereicherung für unsere Tagung. Daneben wirken weitere Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft an der Podiumsdiskussion mit.

## 2. Mit Zuversicht ins Jahr 2007

Wir möchten Sie nicht nur informieren, wie sich die Konjunktur für die Stahlindustrie in Deutschland gegenwärtig darstellt, sondern auch, welche Perspektiven wir für das kommende Jahr sehen. Die zentralen Aussagen sind:

- **2006 wird für die Stahlindustrie in Deutschland ein Rekordjahr.**
- **2007 wird es zu einer Stabilisierung der guten Stahlkonjunktur kommen.**

Die stahlverarbeitenden Branchen waren in diesem Jahr Schrittmacher des Konjunkturaufschwungs (**Bild 1**). Mit Ausnahme der Fahrzeugindustrie, die in den vergangenen Jahren äußerst kräftig zugelegt hat, weisen alle Kundenbranchen der Stahlindustrie 2006 deutlich höhere Zuwachsraten auf als im Durchschnitt der letzten fünf Jahre. Besonders erfreulich ist aus Sicht der Stahlindustrie, dass in diesem Jahr das Bauhauptgewerbe (**Bild 2**) und der Stahlbau die konjunkturelle Wende geschafft haben. Hinzu kommen die starken Investitionsgüterbranchen Maschinenbau (**Bild 3**) und Metallwaren. Für 2006 rechnen wir bei den Stahlverarbeitern mit einem Zuwachs von etwa 4 Prozent.

Das sorgt auch bei der Stahlindustrie hierzulande für eine sehr gute Produktion in diesem Jahr (**Bild 4**). Sie wird voraussichtlich 46,5 Millionen Tonnen Rohstahl produzieren - so viel wie seit Anfang der neunziger Jahre nicht mehr. Damit wird sogar das sehr gute Jahr 2004 mit 46,4 Millionen Tonnen leicht übertroffen. Das entspricht einem Plus von 4,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, in dem 44,5 Millionen Tonnen Rohstahl hergestellt wurde. Die Kapazitätsauslastung, die in den vergangenen zehn Jahren stetig gestiegen ist, lag in diesem Jahr kontinuierlich über der 95-Prozent-Marke (**Bild 5**).

Auch die Umsatzentwicklung war 2006 außerordentlich zufrieden stellend (**Bild 6**). Die Erlöse sind gegenüber dem bereits sehr guten Vorjahr um knapp 10 Prozent auf voraussichtlich 33,1 Milliarden Euro gestiegen. Der Zuwachs gegenüber dem Jahr 2003 beträgt sogar fast 38 Prozent. Die Stahlhersteller konnten die Kostensteigerungen auf der Rohstoffseite (Erz, Schrott, Koks) an die Kunden weitergeben, weil dies global alle trifft.

In den kommenden Monaten wird die Stahlkonjunktur voraussichtlich eine etwas verlangsamte Gangart einschlagen, dabei bleibt das Tempo aber nach wie vor hoch. Die Anfang 2006 äußerst niedrigen Bestände bei Verarbeitern und Händlern sind inzwischen wieder auf ein normales Niveau aufgestockt worden. Die Auftragseingänge sind seit Juli wieder rückläufig. Mit einer Auftragsreichweite von über dreieinhalb Monaten gibt es aber ein nach wie vor gutes Polster bei den Buchungen, so dass die Auslastung auch in das kommende Jahr hinein weiterhin hoch sein wird. Wie immer gilt es, bei den einzelnen Stahlprodukten zu differenzieren.

Die Stahlindustrie in Deutschland kann vor diesem Hintergrund mit berechtigter Zuversicht in das Jahr 2007 gehen. Worauf gründet sich diese optimistische Grundtendenz im Einzelnen?

- Die Stahlindustrie in Deutschland bewegt sich in einem günstigen globalen Umfeld (**Bild 7**): Weltweit steigt der Stahlbedarf. Die Rohstahlerzeugung wird 2007 von 1,245 Milliarden Tonnen auf 1,320 Milliarden Tonnen steigen. Im Jahr 2010 wird die Zahl bei voraussichtlich 1,493 Milliarden Tonnen liegen.
- Die Konjunktur bei den stahlverarbeitenden Branchen in Deutschland verläuft weiterhin äußerst schwungvoll. Die Auftragseingänge im Maschinenbau legten im September noch einmal um 17 Prozent zu. Die Inlandsbestellungen stiegen sogar um 25 Prozent. In wichtigen stahlverarbeitenden Branchen, zum Beispiel in der Rohrindustrie oder im Schiffbau, gibt es zahlreiche Großaufträge, die eine hohe Dynamik bis ins nächste Jahr hinein sicherstellen dürften.
- Die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute sagen für 2007 einen zwar etwas abgeschwächten Aufschwung voraus, aber er wird trotz der Mehrwertsteuererhöhung nicht abreißen. Die wichtigsten stahlverarbeitenden Branchen werden auch im kommenden Jahr nochmals in moderater Weise zulegen, wie das Münchner ifo Institut für Wirtschaftsforschung unlängst prognostizierte. Selbst in der Bauindustrie dürfte der Aufwärtstrend anhalten. Der Stahlbedarf wird sich daher im kommenden Jahr zum vierten Mal in Folge erhöhen.

- Die aktuelle Geschäftslage wurde von den befragten Stahlunternehmen noch einmal positiver beurteilt als im Vormonat, wie eine Umfrage des Wirtschaftsforschungsinstituts ifo zeigt. Zudem gehen über 90 Prozent der Stahlunternehmen davon aus, dass die gute Lage auch in das neue Jahr anhält.
- Die Investitionen der Stahlindustrie haben sich 2006 im Vergleich zum Vorjahr um rund 30 Prozent erhöht. Auch dieses Niveau ist ein Indiz für die Zuversicht unserer Branche.

Welche Risiken sind gegeben?

### **Importe sind gewachsen**

„Wege über Grenzen“ könnte auch aus handelspolitischer Sicht als Überschrift über das Stahljahr 2006 gesetzt werden: In diesem Jahr wird voraussichtlich die EU zum zweiten Mal nach 2001 zum Nettoimporteure. Seit dem dritten Quartal 2005 steigen die Importe aus dritten Ländern in die EU an. Ganz anders ist die Entwicklung in China: Importierte dieses Land 2004 noch netto gut 13 Millionen Tonnen Stahl, so konnte es 2005 bereits eine nahezu ausgeglichene Handelsbilanz aufweisen. In diesem Jahr rechnen wir damit, dass das Reich der Mitte mehr als 20 Millionen Tonnen netto exportieren wird. Davon erreicht ein Teil auch Deutschland, wenngleich der Anteil der chinesischen Importe am Stahlmarkt in Deutschland relativ gering ist.

Dabei geht es aber nicht nur um die direkten Effekte. Vielmehr sind auch die indirekten Folgen von Bedeutung: Russland und die Ukraine liefern traditionell ihre Produktionsüberschüsse auf den asiatischen Markt. Dort werden sie nun von chinesischen Exporten bedrängt, was zu einem Umlenken von Handelsströmen führen könnte.

Der deutsche Außenhandel wird auch in diesem Jahr einen Exportüberschuss aufweisen (**Bild 8**). Die Importkurve, die bis zur Jahresmitte beträchtlich angestiegen war, zeigt seit den letzten zwei Monaten wieder nach unten. Die Steigerung der Importe bedeutet aber vor dem Hintergrund der guten konjunkturellen Entwicklung

vorläufig keine Gefahr für den heimischen Stahlmarkt und die nationale Binnenkonjunktur.

### **Rohstoffkosten**

Bei den Rohstoffkosten wird es auch im kommenden Jahr keine spürbare Entlastung geben. In den letzten fünf Jahren ist der Rohölpreis um 198 Prozent gestiegen (**Bild 9**). Die Preise für Eisenerz und Schrott erhöhten sich in diesem Zeitraum um gut 180 Prozent. Im nächsten Jahr rechnen wir mit tendenziell sinkenden Kokskohlepreisen, während die Erzpreise nicht mehr so stark ansteigen dürften wie in den vergangenen beiden Jahren (**Bild 10**). Der Schrottpreis schwankt monatlich stark, hier wird es wahrscheinlich nicht zu einer grundlegenden Änderung der Marktlage kommen. Zink, ein wichtiges Metall für die Oberflächenveredlung, hat mit fast 4.400 Dollar pro Tonne den historischen Höchststand erreicht. Insgesamt rechnen wir mit einer Beruhigung des Preisanstiegs bei den Rohstoffkosten, wobei das hohe Niveau bleiben wird.

Trotz dieser Risiken sagen wir für das kommende Jahr eine Stabilisierung der Stahlkonjunktur voraus, da seit langem die Fundamentaldaten für die Stahlindustrie nicht mehr so gut waren, wie sie derzeit sind.

### **3. Klimapolitik**

Die weltweite Klimapolitik gehört zu den zentralen Herausforderungen der Stahlindustrie. Die Klimavorsorge ist kein Feld für nationale oder europäische Alleingänge, sondern eine grenzüberschreitende, globale Aufgabe (**Bild 11**). Ein internationales Klimaabkommen ist nichts wert, wenn wichtige Staaten wie die USA, China und Indien nicht teilnehmen. Den bisherigen Prognosen zufolge wird der jährliche CO<sub>2</sub>-Ausstoß der Welt bis zum Jahr 2030 um rund ein Drittel auf 37 Milliarden Tonnen steigen. Wenn die Wettbewerber außerhalb der EU keinen vergleichbaren Belastungen ausgesetzt sind, drohen Produktionsverlagerungen. Dabei ist der Werkstoff Stahl in der globalen Klimavorsorge sogar Teil der Lösung: Schließlich tragen die Produktinnovationen der Stahlindustrie maßgeblich zur Energieeffizienz und zur Einsparung von CO<sub>2</sub> bei, z. B. im Kraftwerks- und Automobilsektor.

Der Emissionsrechtehandel ist in seiner jetzigen Form nicht für die Stahlindustrie geeignet. Nur 16,5 Prozent der Weltrohstahlerzeugung sind vom Emissionshandel betroffen (**Bild 12**). Er spiegelt die technischen Möglichkeiten der Stahlerzeuger nicht richtig wider, schränkt die Stahlproduktion ein und treibt die Strompreise in die Höhe (**Bild 13**). In den kommenden Monaten werden die Erfahrungen mit der Emissionshandels-Richtlinie evaluiert, um den Änderungsbedarf für die Zeit nach 2012 festzustellen. Dabei darf es nicht nur um marginale Änderungen des bestehenden Systems gehen. Um die globale Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie zu wahren, muss der Emissionshandel im kommenden Jahr grundlegend reformiert werden.

Wir müssen weg von den absoluten Emissionsbegrenzungen für Produktionsanlagen. Stattdessen brauchen wir eine Ex-post Zuteilung, die sich nach der jeweiligen Produktionshöhe richtet und Wachstum ermöglicht. Diese Art der Zuteilung benötigen wir auch deshalb, weil sie der Einpreisung kostenloser Zertifikate zum Marktwert in den Strompreis endlich ein Ende setzt. Eine Versteigerung der Zertifikate, wie zuletzt vorgeschlagen, bringt hingegen keine Strompreissenkungen für die Industrie und wird dem Standort schweren Schaden zufügen, wenn sie sich einmal durchgesetzt hat.

Wir brauchen einen Emissionshandel, dessen Regeln auf die Charakteristika der einzelnen Branchen zugeschnitten sind. Vor allem aber muss das Emissionshandelssystem attraktiv genug sein, um außereuropäische Länder, insbesondere die USA und die schnell wachsenden Schwellenländer, mit ihren Industrien zum Beitritt zu bewegen – eben um Grenzen zu überschreiten.

#### **4. Energiepolitik**

Eine weitere große Herausforderung ist die Versorgung der Industrie mit Energie zu international wettbewerbsfähigen Preisen. Die Strompreise laufen zurzeit davon und haben sich von den tatsächlichen Erzeugungskosten für Elektrizität vollkommen entkoppelt (**Bild 14**). Ähnliches gilt für die Gaspreise (**Bild 15**). Es herrscht kein Wettbewerb zwischen den vier großen Energieversorgungsunternehmen. Vor

ausländischer Konkurrenz schützen die völlig unzureichenden grenzüberschreitenden Netzverbindungen. In Deutschland wird die Bundesnetzagentur hoffentlich dafür sorgen, dass neue Wettbewerber von den Netzmonopolisten nicht länger durch überhöhte Netzentgelte vom Markt ferngehalten werden. Der fehlende Wettbewerb an den Strom- und Gasmärkten rechtfertigt aus unserer Sicht den Vorstoß von Bundeswirtschaftsminister Michael Glos zu einer Stärkung des Bundeskartellamtes. Er hat unsere volle Unterstützung. Es darf nur nicht zu einer staatlichen Preisregulierung führen.

Nicht nur der fehlende Wettbewerb treibt die Energiekosten, auch die Politik trägt durch Eingriffe in den Energiemix zunehmend dazu bei. Vom Energiegipfel erhofften wir uns, dass die überfällige Neujustierung der Energiepolitik endlich angepackt wird. Bisher entwickelt sich die Diskussion höchst enttäuschend. Zu den Anliegen der energieintensiven Industrie gibt es bisher wenig Antworten. Besonders kritisch sehen wir, dass die Bundesregierung gerade die für ein langfristiges Energiekonzept unerlässliche Diskussion zur Rolle der Kernenergie völlig aus der Debatte ausklammert. Erneuerbare Energien sind kein Ersatz für diese kostengünstige und klimaschonende Grundlaststromquelle. Gerade bei regenerativen Erzeugungsarten wie Solarstrom und Windkraft sind Erzeugungskosten und auch die CO<sub>2</sub>-Vermeidungskosten noch weit von der Wirtschaftlichkeit entfernt. Art und Umfang der Förderung erneuerbarer Erzeugungsarten müssen sich daher stärker als bisher nach ihrer Wirtschaftlichkeit richten – Anschubsubventionen: ja, laufende Subventionierung der Produktion: nein! Antworten auf diese Fragen erwarten wir vom dritten Energiegipfel im kommenden Jahr.

## **5. Handelspolitik**

„Wege über Grenzen“ heißt: Handelszonen machen nicht mehr Halt vor nationalen Grenzen, und es entstehen grenzüberschreitende Wirtschaftsräume. Die Stahlindustrie in Deutschland setzt sich uneingeschränkt für einen freien Weltstahlhandel ein. Das gilt auch für China. Aber freier Handel muss auch fairer Handel bedeuten, also Handel frei von staatlich verursachten Wettbewerbsverzerrungen. Und in China liegt noch vieles im Argen. Für den Kapazitätsaufbau und für den Exportboom sind Subventionen verantwortlich, wie die kürzlich von den US-amerikanischen Stahlverbänden veröffentlichte Studie „The

China Syndrom“ berichtet. Zusammen mit der künstlichen Unterbewertung der chinesischen Währung könnte sich in China ein gefährliches Gemisch für die Weltstahlmärkte aufbauen. Die chinesische Regierung muss sich zunehmend fragen lassen, ob sie ihren Worten auch Taten folgen lässt. Bei der Konsolidierung der Unternehmen liegt diese große Stahlregion noch deutlich zurück (**Bild 16**).

EU-Handelskommissar Peter Mandelson hat diese Gefahr inzwischen erkannt und Ende Oktober angekündigt, die bisherige liberale Politik der Europäischen Union in ihren Handelsbeziehungen zu China zu revidieren. Dagegen will derselbe Mandelson angesichts der fortschreitenden Globalisierung die Antidumping-Politik der EU aufweichen. Doch schon heute ist das Antidumping-Recht der EU das liberalste weltweit, indem es weit mehr Hürden für die Verhängung von Antidumping-Zöllen aufbaut, als die Welthandelsorganisation WTO verlangt. Ein Antidumping-Verfahren gegen einzelne Länder soll in Zukunft nur noch möglich sein, wenn die Einfuhren bei dem betroffenen Produkt einen wesentlich höheren Marktanteil als die bisherige 1-Prozent-Grenze erreichen. Das würde nicht nur der Stahlindustrie, sondern allen Branchen weitgehend die Möglichkeit nehmen, auf unfaire Importe zu reagieren, die trotz rechnerisch relativ geringer Marktanteilsgewinne erheblichen Preisdruck ausüben. Wir sind deshalb froh, dass Bundeswirtschaftsminister Michael Glos gegenüber Handelskommissar Mandelson deutlich gemacht hat, Deutschland werde eine Gefährdung seiner industriellen Basis durch eine Beschneidung der Instrumente gegen unfaire Einfuhren nicht akzeptieren.

Auch der internationale Rohstoffhandel läuft nicht reibungslos: Immer mehr rohstoff erzeugende Länder greifen auf Exportrestriktionen zurück. In Indien fordern die Stahlunternehmen ein Verbot der Eisenerzexporte. Weitere Beispiele sind Exportsteuern auf Stahlschrott in Russland und der Ukraine sowie Maßnahmen in China zur Begrenzung der Koksausfuhr. Die chinesische Regierung unterstützt mit Subventionen den Rohstoffeinkauf ihrer Unternehmen, die zum Teil die Weltmärkte leerkaufen. Die BDI-Präsidialgruppe „Internationale Rohstofffragen“, in der wir maßgeblich mitarbeiten, hat diese Probleme aufgegriffen und die Politik dafür sensibilisiert. Wir erwarten von der Politik, dass sie alle Möglichkeiten ausschöpft, damit wir und andere Industriezweige einen freien und fairen Zugang zu den Weltrohstoffquellen erhalten.

Leider läuft die WTO Doha-Runde bisher nicht erfolgreich. Entweder geht sie mit einem nicht akzeptablen „Mini-Ergebnis“ zu Ende oder sie droht zu scheitern. Vor diesem Hintergrund müssen Verhandlungen zum Abschluss bilateraler oder regionaler Handelsabkommen wieder aufgenommen werden. Die Bundesregierung hat sich als eine der ersten in der EU dafür stark gemacht, bilaterale Gespräche mit den ASEAN-Ländern, Korea, Russland und Indien zu beginnen. Dem ist jetzt auch Handelskommissar Mandelson gefolgt.

Einer Anregung von Bundeskanzlerin Angela Merkel folgend, soll die EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands ab Januar 2007 dazu genutzt werden, die handelspolitische Integration von EU und USA zu vertiefen. Handel und Investitionen im transatlantischen Wirtschaftsverkehr sollen liberalisiert werden. Auch das würde zu einer Belebung der Handels und einer Erleichterung der „Wege über Grenzen“ beitragen.

### **Zusammenfassung**

- 2006 wird für die Stahlindustrie ein sehr gutes Jahr.
- 2007 wird es zu einer Stabilisierung der guten Konjunktur kommen.
- Gestiegene Importe entsprechen der guten Konjunktur.
- Die Rohstoffmärkte bleiben angespannt.
- Klimavorsorgepolitik muss global ansetzen, nationale und europäische Alleingänge verzerren den Wettbewerb.
- Wir fordern Wettbewerb auf den Strom- und Gasmärkten. Wir brauchen einen wirtschaftlichen Energiemix.
- Freier Handel muss auch fairer Handel sein, keine Schwächung der Antidumping-Instrumente.